

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	354
		TOP:	1a
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	06.10.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Wettbewerb Neubau Mobility Hub - Areal Breuninger Parkhaus		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 29.09.2020, öffentlich, Nr. 338
Ergebnis: Berichterstattung

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-
anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht.
Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier-
form angehängt.

EBM Dr. Mayer betont, das Projekt "Mobility Hub" sei unmittelbar mit dem Projekt "Film-
und Medienhaus" verbunden. Die heutige Präsentation gehe auf die in der letzten STA-
Sitzung angesprochenen Belange ein. Seit den STA-Beratungen in der vergangenen
Woche habe die Verwaltung den Stadträten/-innen die überarbeiteten Auslobungsunter-
lagen zugeschickt. Hierbei seien vornehmlich drei Punkte angesprochen worden. Zum
einen betreffe dieses die stufenweise Entwicklung und die Raumkante, die im Zuge der
Veränderung der B14 in diesen Wettbewerb einfließen sollte. Des Weiteren habe der
Bezirksbeirat Mitte den Vorschlag gemacht, 150 zusätzliche Fahrradabstellplätze mit-
aufzunehmen. Der dritte Aspekt betreffe die Zusammensetzung des Preisgerichts.
Hierbei hätten sich die Stadträte/-innen eine Einbindung gewünscht.

Im Folgenden erläutert Frau zur Brügge die erwähnten Themen anhand von Teilen der
angehängten Präsentation. Hinsichtlich des Themas **Raumkante** werde die Realisie-
rung in zwei Phasen stattfinden (Textpassagen auf den Seiten 8 und 16 der Auslo-

bungsunterlagen). Der Wettbewerbsbeitrag werde umgesetzt, in dem ein Korridor festgelegt werde. Gemeinsam mit den Verkehrsplanern sei vereinbart worden, einen Raum für die Umgestaltung der B14 freizuhalten. Diese Umgestaltung sei derzeit noch nicht exakt zu definieren, da noch Machbarkeitsstudien durchgeführt würden. Es stehe fest, maximal 41 Meter freizuhalten, wodurch ein deutliches Entwicklungspotenzial für die Raumkante erhalten bleibe. Es würden mindestens vier Fahrspuren sowie breite Geh- und Radwege benötigt. Bei den Gehwegen seien verschiedene Varianten mit acht und fünf Metern geprüft worden. Das Architekturbüro asp habe lediglich drei Fahrspuren vorgesehen, wobei die Vorgabe des Preisgerichts jedoch vier Fahrspuren vorsehe. Zudem seien die Geh- und Radwege im asp-Entwurf sehr schmal geplant gewesen. Die vorgetragenen Änderungen stießen auf Zustimmung der Firma Breuninger und stellten eine positive Flexibilisierung in der Art dar, in der ersten Phase einen Verkehrsraum zu entwickeln und je nach Ergebnis weiterplanen zu können.

Hinsichtlich des zweiten Themas **Fahrradabstellplätze** seien diese an drei Punkten aufgenommen worden. Neben der definierten Anzahl an PKW-Stellplätzen sollten ebenso nutzerfreundliche Fahrradstellplätze untergebracht werden, was eine Vorgabe und Abgabeleistung im Planungswettbewerb darstelle.

Beim Thema **Zusammensetzung des Preisgerichts** hätten die Fraktionen deren Vertreter genannt. Falls der STA diesen aufgeführten Änderungen zustimmen würde, könnte der Wettbewerb zeitnah gestartet werden, da die Planungsbüros schon warteten.

EBM Dr. Mayer fasst zusammen, sowohl das Anliegen des Bezirksbeirats Mitte sei aufgenommen worden als auch das Anliegen des Gemeinderats, im Preisgericht beteiligt zu sein. Ebenso sei eine bürgerschaftliche Beteiligung im Preisgericht vorgesehen. Ein offener Punkt liege noch in der Terminierung des Preisgerichts: Eine Sitzung könnte Mitte Dezember durchgeführt werden. Die Abstimmung hierzu könnte die Firma Breuninger mit den Preisrichtern vornehmen. Die Ernennung stellvertretender Sachrichter würde noch von den Freien Wählern, der AfD und PULS benötigt.

Es sei lobenswert, so StR Peterhoff (90/GRÜNE), dass die Verwaltung innerhalb von einer Woche die gewünschten Punkte in die Auslobungsunterlagen eingearbeitet habe. Was die Beschreibung der Raumkanten und die Umsetzbarkeit in den Stufen angehe, habe sich die Vertagung des Themas auf die heutige STA-Sitzung gelohnt. Ein Punkt, den ebenso die SPD in der letzten Woche eingebracht habe, der aber nun in den Auslobungsunterlagen fehle, betreffe den Leonhardsplatz. StR Peterhoff schlägt die Aufnahme einer Formulierung in den Auslobungsunterlagen vor, bei der Ausgestaltung der Baukörper ebenso den Leonhardsvorplatz unter Einhaltung der Mindestflächen für das Film- und Medienhaus zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Stellplätze solle bei deren Abbau und späterer Wiederherstellung geprüft werden, ob baurechtliche Potenziale für eine weitere Reduzierung vorhanden seien.

StR Kotz (CDU) begrüßt die von Frau zur Brügge dargestellte Gebäudefront, da vom Preisgericht eine breite dominante Achse gewünscht werde. Daher sei von einer Wohnbebauung Abstand genommen, da sich ansonsten eine Beengung ergeben würde. Der Auftakt des Bauvorhabens mit der Firma Breuninger habe Symbolcharakter für die Gestaltung der zukünftigen Stadtgebäudekanten. Das Projekt sei aufgrund der Überbauung und der gleichzeitigen Bewältigung des Verkehrsaufkommens auf der B14 sehr anspruchsvoll. Die Überlegungen der Wettbewerbsteilnehmer zu Phase 2 seien spannend, da entweder ein freier Raum bestehen könne oder eine Bebauung durchgeführt

werde. Hinsichtlich der für Mitte Dezember geplanten Terminierung der Preisgerichtssitzung vermutet der Stadtrat aufgrund der noch in diesem Jahr stattfindenden Haushaltsberatungen (kleine Stellenplanberatung, Nachtragshaushalt 2021) Probleme.

Ihm sei noch unklar, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), ob der dargestellte Straßenquerschnitt mit einer Breite von 31 Metern den Vorschlag des asp-Büros darstelle. Er erkundigt sich, aus welchem Grund 3,5 Meter breite Fahrbahnsuren benötigt würden. Er kann nicht nachvollziehen, warum eine Verbreiterung von 31 auf 41 Meter durchgeführt wird. Hinsichtlich der Raumkante des Film- und Medienhauses sei offen, ob diese vom Leonhardsviertel oder von dem Breuninger-Gebäude definiert sei. Der Stadtrat würde es begrüßen, wenn hinsichtlich des Leonhardsvorplatzes die Raumkante vom Breuninger-Gebäude aufgenommen werde. Den Vorschlag der drei Gebäudeteile durch das asp-Architekturbüro und der großzügigen Grünverbindung bezeichnet StR Rockenbauch als positiv. Allerdings könne er diese Planungen nicht der Darstellung entnehmen. Er erkundigt sich, ob diese Gliederung möglich sei und ob sie erst durch die Wettbewerbsteilnehmer erstellt werde. Hinsichtlich der Bodenpolitik müsse zunächst vor dem Wettbewerb geklärt werden, wie die Eigentumsverhältnisse beschaffen seien. EBM Dr. Mayer erklärt hierzu, die liegenschaftliche Neuordnung sei noch nicht abgeschlossen und endverhandelt. Dies liege daran, dass erst der Wettbewerb Auskunft über die eigentlichen Grundstückszuschnitte geben werde. Zum jetzigen Zeitpunkt könne die Verwaltung daher noch nicht verhandeln. Das Wettbewerbsergebnis werde Auskunft über mögliche Kauf- oder Erbbaupachtverträge geben. Ebenso hänge die zukünftige Preisbildung von den Grundstückszuschnitten ab.

StR Kletzin (SPD) betont, ihr hätten die Wettbewerbsunterlagen zunächst Schwierigkeiten bereitet, da hierzu entsprechende Erklärungen nötig seien. Das gesamte Verfahren laufe zwar zügig ab, jedoch bestehe zu wenig Zeit für eine genaue Betrachtung der B14. Mit den dargestellten Raumkanten sei ihre Fraktion einverstanden, da der Vorschlag des asp-Architekturbüros perspektivisch einen weiten Blick in die Zukunft darstelle. Wie ihre Vorredner habe sie Bedenken hinsichtlich der Gestaltung des Leonhardsplatzes, da entweder die vom Marktplatz kommende Kante aufgenommen oder ein Gebäude errichtet werden könne. Aus ihrer Sicht sei es hierbei wünschenswert, den Planern/-innen die Möglichkeit neuer Vorschläge zu ermöglichen. Im Zusammenhang mit der B14-Gestaltung solle eine grundsätzlich andere Nutzung in Richtung Charlottenplatz diskutiert werden. Das asp-Architekturbüro habe dort eine Verlängerung der Kulturmeile vorgeschlagen.

Bei allen drei Modellen verfügten die Fahrspuren über eine identische Breite, so StR Goller (AfD). Die Verbreiterung der Straße auf 41 Meter im Querschnitt ergebe sich durch die verbreiterten Gehwege und die zusätzlichen Grünstreifen. Er erkundigt sich, wie viele erfolgreich abgeschlossene vergleichbare Projekte vorlägen und welche Probleme auftreten könnten. Ebenso erkundigt sich der Stadtrat, wie die Kante im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss gestaltet werden solle. Diese könne der Straße geschwungen folgen oder parallel zurückgesetzt werden. Ebenso stelle sich die Frage nach den Mehrkosten. Frau zur Brügge betont, diese Aspekte seien nun Bestandteil in den anstehenden Aufgaben der Planer/-innen. Sie führt aus, das asp-Architekturbüro habe ursprünglich drei Fahrspuren vorgesehen. Die minimale Breite für Gehwege betrage 5 Meter, was die Verkehrsplanung auch vorgebe. Die Anzahl der Fahrspuren sei nicht ausgedehnt worden, sondern die Seitenräume, in denen eine Begrünung erfolgen könnte. Der asp-Vorschlag sehe flankierende Grünstreifen mit Bäumen vor, wodurch ein Boulevard-Charakter entstehe. Die nun veranschlagten acht Meter für Gehwege

stellten eine sinnvolle Planung dar. Zum jetzigen Zeitpunkt könne hierüber noch kein endgültiges Ergebnis festgehalten werden. Die großzügige Gestaltung des Straßenraums, die nicht zugunsten des Individualverkehrs, sondern zugunsten der Fußgänger und Radfahrer geschaffen werde, halte die Verwaltung für sinnvoll. Aus den genannten einzelnen Breiten ergebe sich die Gesamtbreite des Straßenraums von 41 Metern.

EBM Dr. Mayer bestätigt die Auffassung von StR Kotz, das Projekt sei aus baulicher und zeitlicher Sicht sehr ambitioniert. Ebenso stimmt er den Ausführungen von StRin Kletzin zu, die straffe Zeitplanung lasse wenig Puffer. Unter Berücksichtigung aller Aspekte müsse das Projekt im Jahr 2024 fertiggestellt werden. Dies entspreche dem Zeitpunkt, in dem das Züblinparkhaus abgerissen werden solle, um das IBA-Projekt zu realisieren. Die Firma Breuninger beschleunige daher entsprechend die Geschwindigkeit des Bauprojekts. Hinsichtlich des städtischen Projektes zum Film- und Medienhaus solle zügig im nächsten Jahr mit dem Wettbewerb begonnen werden.

Frau zur Brügge führt hinsichtlich der Ausführungen von StR Peterhoff und StRin Kletzin zum Leonhardsplatz aus, dieser sei nicht in der dargestellten Präsentation enthalten gewesen. Allerdings habe die Verwaltung damit begonnen, den Platz in die Abbildungen einzuarbeiten, da dieser dort gelegene sogenannte Ideenteil ein zentraler Punkt sei. Im Anschluss werde ein Realisierungswettbewerb für das Film- und Medienhaus durchgeführt, in dem die Erkenntnisse des ersten Verfahrens theoretisch hinterfragt werden könnten, um hiermit in einen realen Wettbewerb für den Hochbau einzutreten.

Ein austragendes Gebäude stelle eine erhöhte statische Herausforderung dar, erklärt Herr Veltjens (Fa. Breuninger). Dies müsse bereits im Vorfeld miteingeplant werden und könne nachträglich nicht berücksichtigt werden. Das Projekt erfordere zwar höhere finanzielle Mittel, ließe sich aber auf andere Weise im vorgegeben Zeitrahmen nicht realisieren, da ansonsten die Fahrstreifen der B14 bereits entfernt wären. Daher sei die einzige Möglichkeit, übergangsweise in einer ersten Bauphase in einer Austragung zu arbeiten und danach in einer zweiten Bauphase diese Austragung wieder zu unterbauen.

StR Goller erkundigt sich, ob die zukünftige Nutzung aufgrund der notwendigen Bauelemente eingeschränkt werde (tragende Wände, Säulen usw.). Da vier Stockwerke sechs bis sieben Meter austragend erbaut würden, könne er sich vorstellen, die hierfür notwendigen baulichen Elemente könnten später nicht mehr rückverbaut werden.

Gewisse Nutzungseinschränkungen werde es geben, betont Herr Veltjens. Die verschiedenen Rückbaumöglichkeiten werde der Wettbewerb hervorbringen. Diese flexiblen Nutzungen würden die Architekten ebenso im Wettbewerb darstellen. Insgesamt stelle das Projekt eine große Herausforderung dar.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik nimmt von dem Bericht zustimmend Kenntnis.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
Kulturamt (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung (2)
 5. Referat T
Tiefbauamt/SES (3)
 6. BVin Mitte
 7. Stadtkämmerei (2)
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS